Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 39

Vorwort: Das Revirement der CSSR

Autor: Brügger, Christian

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A.Z. Bern 1

Beiträge zur Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Diktatur

4. Jahrgang, Nr. 39 | BERN, 2. Oktober 1963 | Erscheint wöchentlich

Das Revirement in der CSSR

hat nicht nur seine personellen Aspekte, von dem wir in der letzten Nummer berichtet haben. Wohl hat die weitgehende Umbesetzung der Regierung eine wichtige und vermutlich auch symptomatische Bedeutung. Wichtig für die tschechoslowakische Parteiführung und ihre interne Politik, deren weitgehendes Versagen auf folgenden Gebieten manifest geworden ist: Wirtschaft und Landwirtschaft, die slowakische Frage, die Entstalinisierung. Daneben kann die grosse Ablösung auch als symptomatisch für die Entwicklung in den Volksdemokratien gelten, wo die Generation der alten Bolschewiki-Garde allmählich abgelöst wird, um den neuen Männern Platz zu machen, die wohl einen ausgesprochenen kommunistischen Typ darstellen, den Typ aber des technokratischen Kommunismus, des Verwaltungstotalitarismus.

Jozef Lenart, der neue Regierungschef, nimmt eine interessante Stellung ein. Er ist jung, 40jährig, aber doch nicht jung genug, um nicht seine obligate Ausbildungszeit an der Moskauer Parteihochschule erhalten zu haben. Trotzdem kann er deswegen nicht zu den Moskowitern des klassischen Schlages gezählt werden, denn sein Aufenthalt in der Sowjetunion fiel bereits in die erste Periode der nachstalinistischen Aera. Darüber hinaus ist Lenart Slowake, wie schon der abgesetzte Siroky vor ihm. Ob er als Exponent der Slowakei oder des Prager Zentrums zu werten ist, wird seine «Regierungszeit» zeigen, wobei nie zu vergessen ist, dass ja in einem kommunistischen Staat nicht der Ministerpräsident, sondern der Parteichef regiert. Und das ist (nach wie vor oder vorderhand noch?) Antonyn Novotny.

Gerade darin, im Verhältnis von Partei und Regierung, besteht die weitere Bedeutung der traktandenreichen Zentralkomiteesitzung vom 20. September in Prag. Wie immer es um die Person des KP-Führers und Staatspräsidenten für die nähere Zukunft bestellt sein mag, er hat es gerade in der für ihn und seine ganze stalinistische Gefolgschaft kritische Periode unternommen, den Parteiapparat auf Kosten der Landesexekutive organisatorisch zu stärken.

Denn darauf läuft die Schaffung von vier ZK-Kommissionen (für Wirtschaft, Landwirtschaft, Erhöhung des Lebensstandards und Ideologie) hinaus. Die ZK-Kommissionen bedeuten — darüber lässt der offizielle Sitzungsbericht keinen Zweifel — direkte Führung der Regierungsgeschäfte durch das Zentralkomitee. Die formelle Abgrenzung der Kompetenzbereiche kann darüber nicht hinwegtäuschen: «Die Regierung ist für die direkte Verwirklichung der Parteipolitik verantwortlich. Die ZK-Kommissionen dürfen die Regierung demnach nicht ersetzen, geben aber ihr *und den einzelnen Ministerien* verpflichtende Programme bezüglich der Grundfragen. Die ZK-Kommissionen erörtern alle Massnahmen, welche von den führenden Parteiorganen (ZK und sein Präsidium) bestätigt werden müssen... Alle Kommissionen stehen unter der Leitung von ZK und ZK-Präsidium. Diese sind es, welche Beschlüsse, Arbeitserfolge und Feststellungen der einzelnen Kommissionen prüfen und endgültig bestätigen.» Diese Formulierungen heissen nichts anderes, als dass die Parteispitze selbst die gesamte Staatsverwaltung direkt zu regeln gedenkt.

Nun ist der Einwand vielleicht fällig, es sei eigentlich belanglos, welche organisatorische Form die unbedingte Parteiherrschaft annehme, da sie im kommunistischen Staat so oder so gewährleistet sei.

Aber gerade diese scheinbaren Belanglosigkeiten geben Aufschluss über die neuen Tendenzen des kommunistischen Systems, das seine Diktatur nicht unbedingt schwächer, aber auf andere Art ausübt als früher. Früher, in gröbster Vereinfachung gesprochen, thronten das ZK und seine Machthaber in despotischer Selbstherrlichkeit über das Geschehen und lenkten es von oben herab mit Befehlen. Heute (und vielleicht noch viel mehr morgen) nimmt das ZK in allen Sparten von Verwaltung, Erziehung und Gesellschaftsleben direkt am Geschehen teil. Die Parteiführung arbeitet auf allen Ebenen mit und innerhalb der Exekutive. Nicht mehr so ganz auf dem hohen Ross, aber dafür allgegenwärtig. So ist der Totalitarismus nicht kleiner geworden, sondern hat sich verlagert: vom Despotismus der Partei zur Integration der Partei.

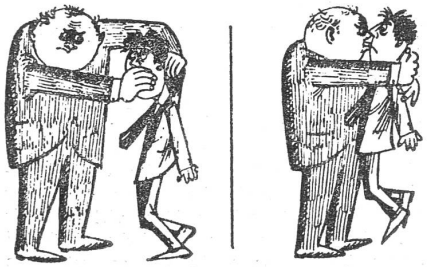
Deshalb ist es auch absolut kein Widerspruch, wenn die organisatorische Stärkung der Parteiherrschaft Hand in Hand geht mit Entstalinisierung und ihren Liberalisierungserscheinungen. Nicht das Ausmass der Diktatur ändert, sondern die Art ihrer Ausübung. Sie mag in ihrer Auswirkung auf die Bevölkerung um vieles milder erscheinen als die stalinistische Terrorherrschaft, aber die Meinung, sie sei deswegen «westlicher» oder «pluralistischer» geworden, erweist sich als Trugschluss. Der Totalitarismus darf im gleichen Masse gewaltloser werden als er absoluter und selbstverständlicher wird.

Christian Brugger

JOZEF LENART

Der neue Ministerpräsident der CSSR.

Mitglied des Präsidiums des ZK der KPC, Abgeordneter der Nationalversammlung und des slowakischen Nationalrates. Geboren im Jahre 1923. Nach Schulbesuch arbeitete er in der Bata-Fabrik als Arbeiter. Neben seiner Arbeit beendete er eine Meisterschule für die chemische Industrie. Während der Besetzungszeit nahm er am slowakischen nationalen Aufstand teil. Nach der Befreiung (1945) wurde er Parteisekretär im Tatrasvit-Betrieb. 1946/47 funktionierte er als 1. Sekretär des Bezirks-Parteikomitees in Poprad, anschliessend arbeitete er im ZK der KP der Slowakei. 1950 wurde er Direktor des Betriebes «29. August» in Partizanske, 1951 Vizeminister der Leichtindustrie. 1953 bis 1956 studierte er in Moskau an der Parteihochschule beim ZK der KPdSU. Nach seiner Rückkehr in die Heimat wurde er 1. Sekretär im Pressburger Gebietskomitee der Partei. Seit 1958 war er ZK-Sekretär in der KP der Slowakei, seit 1962 Präsident des Slowakischen Nationalrates. Die 11. und 12. Kongresse der KPC wählten ihn zum ZK-Mitglied, seit dem 12. Parteikongress ist er Präsidiumsmitglied des ZK der KPC.



Unterdrückung der Kritik nach alter und nach moderner Methode. («Krokodil»)

IN DIESER NUMMER:

China enthüllt die Geschichte der Auseinandersetzung (2–4)

Wo steht Castro? (4)

Die verklopfte Schweizerin (5)

Aeroflot nicht so flott (5)

Der Witz der Saison (8)